

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **7 (1927-1928)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Unser Verhältnis zu Deutschland.

Das Verhältnis der Schweiz zu Deutschland ist älter als dasjenige zu Frankreich. Bildete die Schweiz doch während sechs Jahrhunderten einen Teil des Römischen Reiches deutscher Nation und teilte dessen Schicksale. Erst mit der beginnenden Lösung aus dem deutschen Reichsverband trat Frankreich in ihr Blickfeld. Ja, diese Lösung ist zum Teil das Werk Frankreichs. Zum größeren Teil allerdings dasjenige jener Hausmacht, in deren Hand im ausgehenden Mittelalter zugleich mit der deutschen Kaiserwürde die Führung der gesamtdeutschen Angelegenheiten geriet, deren Politik aber immer mehr eine zwar kühne, aber volksfremde Welt- und private Hausmachtspolitik, und nur selten eine deutsche Politik war. Von den sechs Jahrhunderten im deutschen Reichsverband waren die zwei letzten von dem Kampfe gegen die landesfürstlichen Ansprüche dieser habsburgischen Hausmacht erfüllt. Er endete bekanntlich damit, daß fortan deutsche und schweizerische Angelegenheiten ihre eigene, voneinander getrennte Entwicklung nahmen. Ein vollstaatliches Eigenleben führte das System von Bünden, welches die Eidgenossenschaft darstellte, in den folgenden drei Jahrhunderten zwar nicht. Dazu fehlte ihm Wille und Fähigkeit, in der europäischen Staatenwelt als geschlossen handelnde Staatspersönlichkeit aufzutreten. Seine militärische Kraft verschwendete sich ja auch auf fremden Schlachtfeldern für ihm fremde Staatszwecke. Erst im beginnenden 19. Jahrhundert setzt die Entwicklung zu voller Eigenstaatlichkeit ein, und zwar im Zusammenhang mit der allgemein die ehemaligen Teile des mittelalterlichen deutschen Reiches ergreifenden, auf nationale Geschlossenheit und Volksstaatlichkeit gerichteten Bewegung. Von der nationalen und liberalen Bewegung in Deutschland und Italien unterscheidet sich diejenige der Schweiz indessen dadurch, daß sie organisch an Vergangenes anknüpfen kann.*) Sie findet in der Schweiz Formen vor, die ihr gestatten, sich für ihren Kampf staatlicher Mittel zu bedienen. Darum ist sie viel früher erfolgreich als in Deutschland und Italien. Darum wird der im Sonderbundskrieg seinen Höhepunkt erreichende Kampf des schweizerischen Liberalismus dort auch als Vorspiel zu den eigenen bevorstehenden Kämpfen empfunden. (Über diesen Gegenstand unterrichtet vortrefflich die seinerzeit in Band XIX der „Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde“ erschienene Arbeit Werner Näs, „Der schweizerische Sonderbundskrieg als Vorspiel der deutschen Revolution von 1848“.)

Die Bedeutung des in der Schweiz ausgetragenen Kampfes liegt aber auch noch anderswo. Die Friedensverträge von 1815 wurden bekanntlich von den Mächten der Heiligen Allianz so ausgelegt, daß durch sie nicht nur der in

*) Wie im Recht war auch in den staatlichen Einrichtungen der Zusammenhang trotz einem dreihundertjährigen Stillstand nie ganz abgebrochen. Es galt nur die im Kampf gegen das habsburgische Landesfürstentum bewährten volksstaatlichen Errungenschaften des ausgehenden Mittelalters den Zeitbedürfnissen entsprechend umzugestalten. Allerdings ist auch die neuere schweizerische Entwicklung nicht ganz geradlinig verlaufen. Bezeichnenderweise findet erst die Verfassung von 1874, d. h. nachdem Deutschland und Italien unterdessen mit der nationalen Einigung einen Schritt vorwärts getan hatten, den engeren Anschluß an die Vergangenheit, während die 1848er Verfassung sich noch reichlich an französische Vorbilder hielt. Gagliardi hat im III. Band seiner Geschichte der Schweiz das mit den Worten ausgedrückt, daß der schweizerische Staat erst in den siebziger Jahren „die Abkehr von dem halb romanischen Repräsentativsystem vollzogen“ und „in der Volksherrschaft (Volksentscheid und Volksbegehren) die Formen, auf die gewissermaßen seine ganze Vergangenheit hinlenkte“, gefunden habe.

ihnen geregelte Gebietsstand, sondern auch die inneren Verfassungsverhältnisse der Staaten ein für alle Mal festgelegt sein sollten. Daraus leiteten die Allianz-Mächte ein Einspruchsrecht ab für den Fall, daß ihrer Ruhelage von einer inneren Neuordnung der Schweiz eine Störung drohe. Sie maßten sich die Befugnis eines europäischen Gerichtshofes an, der den schweizerischen Staatenbund ächten und für vogelfrei erklären konnte, sobald er über ein seinen Nachbarn unerwünschtes Maß von nationaler Geschlossenheit und innerer Freiheit hinausgehen würde. Über diese Anmaßung eines europäischen Vorherrschafts-systems setzte sich die liberale Schweiz nun kühn hinweg, indem sie aus eigenem Recht und eigener Kraft den Staat schuf, der ihr paßte und damit als erste das Bevormundungssystem der Heiligen Allianz durchbrach. Nirgends stieß sie damit auf größeres Verständnis und regere Anteilnahme als beim deutschen Nationalismus und Liberalismus von 1848, hatte der Deutsche Bund doch nur allzuoft in den letzten Jahrzehnten sich die gleichen Einmischungen und Eingriffe in seine inneren Angelegenheiten gefallen lassen müssen wie der schweizerische Staatenbund. Auf's schärfste wird in jenen deutschen Kreisen die interventions-lustige Haltung Österreichs und Preußens verurteilt. Der Absolutismus verkenne die nächsten Interessen des eigenen Staates. Preußen fahre im Schlepptau der Metternich'schen Politik und diese sei eben eine rein persönlich-absolutistische und keine österreichische, geschweige denn eine deutsche Politik. Die in Heidelberg erscheinende „Deutsche Zeitung“ gab dieser Stimmung am deutlichsten Ausdruck. Deutschland müsse auf der Unverletzlichkeit der Schweiz bestehen; es brauche ein wohlgesinntes neutrales Land in seiner Flanke; und diese Neutralität könne die Schweiz bei ihrer bisherigen Schwäche und Zersplitterung nicht wahren; sie müsse daher ihren Bundesvertrag reformieren; „wo wäre ein Land in Europa, das . . . ein größeres Interesse an einer starken schweizerischen Politik hätte als gerade Deutschland und Preußen.“

Man kann diese Frage der „Deutschen Zeitung“ aus dem Jahre 1848 auch umgekehrt stellen — und sie ist seither oft und bis zum heutigen Tag gestellt und so oder so beantwortet worden —, nämlich: hat ein Land in Europa ein größeres Interesse an einer starken deutschen Politik als gerade die Schweiz? In dieser Frage ist unser ganzes, geistiges und politisches Verhältnis zu Deutschland eingeschlossen. Und darüber, wie wir sie zu beantworten haben, gibt nichts besseren Aufschluß, als eine Zerlegung unseres gesamtpolitischen Verhaltens in seine es bedingenden Teilkkräfte. So hat kürzlich im katholischen Luzerner „Vaterland“ einer seiner Redaktoren, Dr. Karl Wick, über das Verhältnis des schweizerischen zum gesamtdeutschen Katholizismus folgendes geschrieben:

„Die Schweizer Katholiken deutscher Zunge stehen kulturell vor der gleichen Frage wie ihre Glaubensbrüder jenseits des Rheins. Ihre ganze kulturelle Tätigkeit besitzt keine schweizerische Originalität; sie besitzt nur eine sekundäre schweizerische Note. . . Der Einfluß unserer deutschsprechenden Nachbarstaaten ist in dieser Beziehung viel stärker als etwa der Einfluß des westlichen und südlichen Nachbarn. Der schweizerische Kulturkampf beispielsweise hatte durchaus reichsdeutsches Gepräge, und unser Liberalismus ist Gebein vom Gebein der deutschen Liberalen der Sechziger und Neunziger Jahre. . . Wir haben genau die nämlichen grundsätzlichen Literatur- und Kunstfragen, stehen genau vor dem nämlichen Problem eines politischen und kulturellen Katholizismus wie in Deutschland. Nur ist das Bewußtsein dieser Probleme noch nicht so tief in unsere katholischen intellektuellen Kreise gedrungen, wie in Deutschland. . . Heute riskiert man noch ein Achselzucken, wenn man von solchen Problemen spricht. . . Wir müssen in vermehrtem Maße Anschluß an die kulturellen Strömungen der Gegenwart suchen. Mit einer bloß negativen Einstellung dazu ist uns nicht geholfen. Bei einer bloß negativen Einstellung laufen wir Gefahr, nur das Minderwertige dieser Kultur uns anzueignen. Der Strom geht an uns vorbei und hinterläßt uns seinen Schutt und sein Gerölle. Seien wir aufrichtig, innerhalb unserer wohlgehüteten Wälle hat sich bereits solcher Kulturschutt angehäuft, literarischer und künstlerischer Schutt. . . Wir deutsch-

schweizerischen Katholiken leben im Grenzgebiet reichsdeutscher und österreichischer Kultur. . .“

Die schweizerische Sozialdemokratie ist bekanntlich ursprünglich mehr oder weniger ein Ableger des deutschen Sozialismus auf schweizerischem Boden. Auch wenn sie heute längst ihre eigenen Wege geht — am meisten fühlt sie sich augenblicklich zu dem auch auf kleinstaatlichem Boden wirkenden österreichischen Sozialismus hingezogen —, teilt sie doch getreulich das Schicksal der gesamtdeutschen Arbeiterbewegung. Ständig zwischen spießigstem Besitzbürgerideal und wirklichkeitsferner Weltrevolutions- und Menschheitserneuerungsphantasterei hin und her geworfen, verbraucht sie ihre beste Kraft in unfruchtbarem Dogmenstreit. Auch engen die Scheuklappen ihrer Parteilehren ihren Blick auf einen allzu kleinen Lebensausschnitt ein, als daß sie im Großen fruchtbare Arbeit für den gesamtstaatlichen Neubau zu leisten vermöchte. Und doch hängt davon, ob und wann die an sich aufgeweckte und opferfreudige mitteleuropäische Arbeiterschaft endlich staatspolitisch ihre Kinderstube austreten wird, so viel für die Zukunft Gesamteuropas ab.

Wie steht es nun aber mit dem liberalen Bürgertum, dem Freisinn, unter dessen Fahnen sich die breiten Schichten unseres Volkes vor nunmehr gerade 80 Jahren gesammelt hatten, um, einem aufgeblasenen europäischen Bevormundungssystem zum Trotz, ihren wehrhaften Volksstaat zu errichten? Auch der Freisinn schwankt heute zwischen zwei äußersten Grenzpunkten hin und her. Anläßlich der diesjährigen „Schweizerwoche“ mit ihrem Wahlspruch „Kauft Schweizerware“, war in einer angesehenen Zeitung zu lesen:

„Es ist am Platze, bei Gelegenheit der Schweizerwoche der Schweizerfrau zu gedenken. Unzählige Schweizerbürger wählen heute Ausländerinnen zu Gattinnen. Sind diese Männer glücklich? Das ist eine Frage, die erwogen werden will. Der oberflächlichere, wir meinen weniger gefühlvolle Schweizer, kann mit einer Ausländerin sich schlecht und recht durchschlagen. Aber jene Schweizer, denen Schweizerart und -brauch in Fleisch und Blut eingewurzelt sind, werden ausnahmslos mehr oder weniger enttäuscht sein. . . Dein Schweizerherz, lieber Schweizerjüngling, kommt eines Tages zu kurz. Darum heirate ein Schweizermädchen. . . Das ist auch ein Kulturwert der Schweizerwoche und sicher nicht der geringste.“

Solche Äußerungen mögen an sich noch so belanglos sein, sie würden nicht geschrieben und gedruckt, wenn der Geist engstirniger Selbstverhimmelung, wie er sich hier ausdrückt, nicht da und dort wirklich vorhanden wäre und aus falschverstandenen Selbstschußbedürfnis systematisch gezüchtet würde. Eine derartige Inzucht im wörtlichen und bildlichen Sinne führt unrettbar zur Abkapselung unseres Volkstums und läßt unser staatliches und kulturelles Dasein die Berührung mit dem befruchtenden Lebensstrom des zeitgenössischen Geschehens verlieren und in völlige Verkümmerng versinken.

Nicht weniger unheilvoll ist aber jene Entwicklung, die unser führendes Bürgertum dem eigenen Staat und Volk zu entfremden droht. Eine ihrer äußeren Erscheinungsweisen ist der Mangel an Glauben an eine eigene künftige Berufung. Die Aufgabe des Freisinns sei erfüllt; die von ihm geschaffene Demokratie fertig ausgebaut. Ein weiteres bleibe zu tun nicht übrig. Es sei denn, daß man sich überstaatlichen, internationalen Aufgaben zuwenden wolle. Nirgends hat diese Denkweise klassischeren Ausdruck gefunden, als in jener Stelle der bundesrätlichen Botschaft zum Völkerbunds-Beitritt, wo es über die künftige Berufung der Schweiz heißt (Botschaft vom 4. August 1919, S. 103):

„Lange hatte die Schweiz eine Daseinsberechtigung . . . als Trägerin des demokratischen und republikanischen Prinzips. In dem Maße, als diese staatspolitischen Prinzipien sich im Leben aller Völker, insbesondere auch unserer Nachbarn, durchsetzen, hören sie auf, imstande zu sein, der Schweiz eine besondere politische Individualität zu geben. . . Die Zusammenfassung internationaler öffentlicher Tätigkeit im Völkerbund wird einen Brennpunkt weltweiter Interessen schaffen. . . Unser Staat erhält dadurch Impulse und die Kräfte, um über seine

individuelle Aufgabe hinaus in eine höhere, internationale hineinzuwachsen.“

Also die Schweiz hatte solange eine Daseinsberechtigung, als die Programmpunkte des Freisinns noch nicht verwirklicht waren. Jetzt, wo diese nicht nur in ihr, sondern auch bei den Nachbarstaaten verwirklicht sind, hat der schweizerische Staat keine Daseinsberechtigung mehr, ihm bleibt lediglich noch das Aufgehen in einer überstaatlichen „höheren“, „weltweiten“, „internationalen“ Aufgabe übrig. Gibt es eine vollständigeren Bankrotterklärung unseres führenden Freisinns? Gibt es aber zugleich ein selbstjüchtigeres Verhalten einer Führungsschicht, als es hier zum Ausdruck kommt? Hat je eine Partei sich und ihre Machtstellung in verantwortungsloserer Weise mit dem Staate selbst identifiziert, als es hier geschieht? Weil man selbst nicht mehr genügend Wille und Fähigkeit zur Bewältigung der von neuen Zeitverhältnissen gestellten neuen staatlichen Aufgaben in sich fühlt, also selbst an seiner „Daseinsberechtigung“ als künftig führender Partei zweifelt, erklärt man den ganzen Staat für nicht mehr daseinsberechtigt und ist bereit, ihn an das meistbietende Ausland zu verkaufen, wenn einem dieses dafür Schutz der eigenen privaten Macht- und Gesellschaftsstellung gewährt. Wer dieses meistbietende Ausland ist, das sich die Begünstigung der oberen Schichten in der Schweiz mit der Wehrlos- und Kraftlosmachung des schweizerischen Staates und der stillschweigenden Erlaubnis zur Indienststellung der schweizerischen Volkskraft für seine Zwecke — heute mehr der wirtschaftlichen als der militärischen — bezahlen läßt, kann für keinen Kenner der Schweizergeschichte zweifelhaft sein. Einzig unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist auch das Verhalten unserer tonangebenden Freisinnsorgane, und unter diesen des führenden Freisinns-Blattes der Ostschweiz, der „Neuen Zürcher Zeitung“, gegenüber Deutschland in den verfloßenen zehn Jahren verständlich.

Wie wäre es möglich, daß man jahrelang solchen destruktiv wirkenden Personen in Deutschland, wie Daimling und Förster — um nur diese zu nennen — jede Unterstützung und Förderung zuteil werden ließe, wenn einem ernsthaft an der Wehrhafterhaltung des eigenen Staates gelegen wäre? Genau wie die uneingeschränkte Neutralität nur solange notwendig ist, als man den selbständigen, aus eigenem Willen handelnden Staat will, genau so ist Heerwesen und Armee nur solange notwendig, als man den Willen zur Wehrfähigkeit aus eigener Kraft hat. Wem es nur mehr um die Erhaltung seiner privaten Macht- und Gesellschaftsstellung zu tun und wem der eigene Staat gleichgültig oder gar lästig ist, verzichtet leichten Herzens auf Neutralität und eigenes Wehrwesen, denn die Sorge für die äußere Sicherheit ist nun in erster Linie Aufgabe der ausländischen Großmacht oder Großmächtsgruppe, an die man sich anlehnt.

Die grundsätzlich feindselige Einstellung gegen den deutschen Staat und eine starke deutsche Politik, wie sie beispielsweise so ausgesprochen in den tagtäglichen Br.-Berliner Berichten der „Neuen Zürcher Zeitung“ zum Ausdruck kommt, mag auch noch andern Beweggründen entspringen. Man will das politische Denken und Leben im eigenen Land möglichst von der Berührung mit demjenigen in Deutschland fern halten. Denn im Deutschland der Nachkriegszeit ist alles im Werden und Umbauen begriffen. Die zur Erhaltung der eigenen bisherigen Gesellschaftsstellung so bequeme Kampffront Bürgertum-Proletariat hat dort keine oder nur sehr beschränkte Geltung. Die Sozialdemokratie ist dort seit der Revolution längst regierungsfähig geworden und macht bei allen staats- und wirtschaftspolitischen Neuerungen ihre zahlenmäßig so gewichtige Stimme geltend. Das Bild, das sich dabei bietet, verrät oft sehr viel Unzulänglichkeit. Aber es ist eben doch immer das der Bewegung. Und in der Bewegung mittert jedes nur noch um seine Machterhaltung besorgte Regime den Todfeind. Darum diese Art der Berichterstattung in fast der ganzen führenden Freisinnspresse unseres Landes über die deutschen Vorgänge, die mit Vorliebe nur in herabwürdigendem, verächtlich machendem, selten aber Verständnis vermittelndem Sinne dargestellt werden. Und doch hätten wir als kleines Land und Volk mit beschränktem Kräftemaß das allergrößte Interesse daran, unboreingenommen und ohne Scheuklappen alles zu verfolgen, was staatspolitisch im Ausland ge-

schiebt; ob verwandte Kämpfe, die uns auch bevorstehen, dort schon weiter gediehen sind; ob die gleichen Gegenätze dort schon miteinander gerungen, die gleichen Forderungen schon geiegt haben oder unterlegen sind, ob ein erstrebtes Ideal dort schon praktische Ausprägung erfahren, ob es die Probe bestanden oder nicht bestanden hat u. s. w. Oder stehen denn nicht auch wir vor der Aufgabe, dahin unsere Anstrengungen richten zu müssen, daß das Stürmen und Drängen der Arbeiterschaft zur Macht sich mehr und mehr innerhalb des Staates ausleben kann? Dadurch, daß man wie das Kaninchen vor dem offenen Rachen der Klapperschlange, wie gebannt auf das langsame, aber unaufhaltsame Anwachsen der Linken starrt und etwa zur Abwehr nach Diktatur und Faschismus schreit, hat man noch keine staatspolitische Tat vollbracht. Ein bis zwei Jahrzehnte in dieser Tonart weiter und unser Staat ist reif für den diktatorischen Zugriff von links oder rechts. Daß dieser aber dann an Mäßigkeit dem Zusammenbruch der alten, durch das enge Verhältnis zu Frankreich ausgehöhlten Eidgenossenschaft nicht nachstehen wird, muß als sicher angenommen werden.

Die Klage über Mangel an Nachwuchs ist zur ständigen Klage der politischen Parteien geworden. Ist dieser Mangel angesichts der geschilderten Verhältnisse wirklich verwunderlich? Die Jugend will Bewegung, nicht Stillstand. Die führenden Kreise unseres Freiinns und ihre Presse verkörpern ja aber nicht nur in der inneren Politik den Grundsatz des Stillstandes, sondern auch in ihrer Haltung zu den großen europäischen Fragen. Oder macht sich ein Blatt, das unwiderprochen einem Artikel, wie demjenigen des Pariser Professors Aulard „Die Anschließfrage“ Aufnahme gewährt („Neue Zürcher Zeitung“ vom 30. Oktober), damit nicht zum Sprachrohr einer neuen Heiligen Allianz? Im Jahre 1847 wollten einige europäische Regierungen — eben diejenigen der Heiligen Allianz — es der Schweiz verwehren, von dem jedem Volke zustehenden Recht freier Selbstbestimmung Gebrauch zu machen: Der Staat, wie ihn die liberale Schweiz — frei im Innern und wehrhaft nach außen — sich zimmern wolle, bedeute eine Bedrohung der durch die Heiligkeit der Verträge von 1815 gewährleisteten europäischen Ruhelage. In kühnem Wagemut setzte sich der junge Freiinn damals über diesen Einschränkungsvorschlag freier Selbstbestimmung hinweg. Im führenden Blatt seiner späten Nachfolger wird heute unwiderprochen die Auffassung vertreten, daß ein Volk kein Recht auf Selbstbestimmung habe, wenn seine Unabhängigkeit „eine Gefahr für die wirtschaftliche Existenz eines anderen Volkes darstellen würde“, oder wenn die Nichtgewährung der Selbstbestimmung für denjenigen, der sie verhindert, zur „Verteidigung gegen einen Angriff besser geeignete Grenzverhältnisse“ schafft, oder wenn die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes zu einer Lage führen würde, die dem bestehenden, durch die Verträge von 1919 geheiligten Machtssystem bedrohlich sein könnte. — Damit gibt man ja demjenigen Nachbarn zum voraus die besten Vorwände, der einmal finden könnte, eine unabhängige Schweiz bedeute eine Bedrohung seiner Existenz, oder der von der Schweiz ein Teilgebiet losreißen möchte, weil er dadurch zu seiner Verteidigung besser geeignete Grenzen erhält. Und was das durch die Verträge von 1919 geheiligte europäische Machtssystem anbetrifft, um dessen Unversehrtheit willen den europäischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten werden soll, so hat die Schweiz, zum mindesten hinsichtlich der dadurch geschaffenen militärisch schwachen Nachbarschaft im Norden und Osten, kein größeres Interesse, als dasselbe möglichst bald durch vernünftigeren Regelungen ersetzt zu sehen. Ein politisch wie militärisch gleich wehrloser Nachbar-Kleinstaat Österreich stellt für die Schweiz in Anbetracht der zunehmenden Spannung zwischen Frankreich-Jugoslawien einer- und Italien andererseits den denkbar größten Gefahrenherd für kriegerische Verwicklungen dar.

Die Folgen der grenzenlos kurzfristigen und vom Standpunkt des Staates aus verantwortungslos selbstüchtigen Politik unserer im Besitz der Macht befindlichen regierenden Schichten zeigen sich tagtäglich in unheilvollster Weise. Wehrlos steht man der schmachtvollen Behandlung Frankreichs in der Zonenangelegenheit gegenüber, die längst das Maß des mit der Ehre und Würde eines unabhängigen Staates Vereinbare überschritten hat. Man wagt hier und

da ein kleines Wort des Unmuts, aber mehr um den Unwillen des Publikums zu besänftigen, als um sich ernsthaft gegen das Spiel zu wehren, das mit einem seit Jahr und Tag getrieben wird. Man kann eben nicht gegen denjenigen Front machen, dem man den eigenen Staat ausgeliefert und sich selbst mit Haut und Haar verschrieben hat. Den systematischen pazifistischen und sozialistischen Angriffen auf das nationale Wehrwesen hat man dadurch den besten Vorschub geleistet, daß man die Phraseologie der neuen Heiligen Allianz zur eigenen offiziellen Phraseologie erhoben hat und sich bei jeder Gelegenheit auf den unbedingt wirksamen Schutz beruft, den diese Heilige Allianz allen Kleinen und Schwachen zu bieten vermöge, trotzdem die Unwirksamkeit dieses Schutzes längst erfahrungsgemäß feststeht. Nun zeigt sich die Größe des Fehlgriffes von 1919 neuestens in der Entwicklung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Ausland. Die jüngsten Zahlen unserer Ausfuhren nach den verschiedenen Ländern sprechen eine ungeheuer beredete Sprache. Im Oktober dieses Jahres gingen von unserer Gesamtausfuhr (in Klammer die entsprechenden Zahlen des Monatsdurchschnitts im letzten Vorkriegsjahr):

nach:	Okt. 1927	Monatsdurchschnitt 1913
Deutschland	20,4 v. H.	22,1 v. H.
England	15,1 "	17,8 "
U. S. A.	11,3 "	9,8 "
Italien	6,4 "	6,4 "
Frankreich	5,7 "	10,1 "
Osterreich	4,1 "	2,9 "
Übrige Länder	37,0 "	30,9 "
	100,0 v. H.	100,0 v. H.

Dabei kam im Durchschnitt des vorigen Jahres ein Fünftel unserer gesamten ausländischen Einfuhren aus Frankreich. 20,5 v. H. unseres ausländischen Bedarfs beziehen wir aus Frankreich. 5,7 v. H. unserer Gesamtausfuhr nimmt uns Frankreich ab. Wird man es aber wagen, sich gegen dieses, aller Billigkeit Hohn sprechende Verhältnis ernsthaft zur Wehr zu setzen? Werden diejenigen, die heute unsere Politik bestimmen, es können, ohne ihre ganze Politik und — jetzige Stellung im Staate zu gefährden? Und werden sie es unter diesen Umständen wollen? Und wenn sie es nicht wollen, werden die wirtschaftlichen Tatsachen sie schließlich zu einer mindestens wirtschaftlichen Rückkehr zur mitteleuropäischen Orientierung der Vorkriegszeit zwingen? Oder sollte mit dem allmählichen Zurückgehen des übermächtigen französischen Einflusses — die Schweizergeschichte lehrt, daß Anlehnung an Frankreich zugleich Stillstand des inneren politischen Lebens und schließlich Untergang des schweizerischen Staates bedeutet — auch unsere Innenpolitik neue Lebensimpulse empfangen? Wird im Zusammenhang mit den sich im ganzen mitteleuropäischen Raum regenden staatspolitischen Kräften auch bei uns in breiten Schichten des Volkes der Wille zum Staat und zu seinem, von veränderten Verhältnissen geforderten Weiterbau wieder so lebendig werden, daß sich auf ihn erneut eine, innerer Freiheit und äußerer Unabhängigkeit zustrebende schweizerische Politik gründen kann?

Zürich, den 23. November 1927.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Balkanpolitik. — Das Verhalten der Mächte. — Das französisch-südslawische Bündnis.

Wie ein Stich ins Wespennest hat der Abschluß und die Veröffentlichung des französisch-südslawischen Vertrages gewirkt. Am aufgeregtesten geberdeten sich die Hauptleidtragenden in Italien. Man hat dort den lateinischen Brüdern in Paris die Meinung zum 2ten Male ganz unverhohlen gesagt. Man ist aber

ganz besonders entrüstet über den Nachbar jenseits der Adria hergefahren. Das faschistische Verordnungsblatt hat hier Worte gefunden, die man von der Gegenseite in Rom wohl ohne weiteres als Kriegsgrund betrachten würde. Hat man kein Gefühl dafür, daß sich Ausdrücke wie der von der Elephantiasis des Südslawenstaates gar leicht im umgekehrten Sinne auf eine gewisse Geistesverfassung anwenden ließen? Offenbar nicht! Der Zorn war eben zu groß.

Gleichzeitig fast beschäftigt die europäische Öffentlichkeit der Streit um den Thron und um die Macht in Rumänien. Gleichzeitig auch treffen immer neue Nachrichten von mazedonischen Attentaten in Serbien ein, die vor ein paar Wochen schon zu einer Art Ultimatum an Bulgarien geführt haben. Bulgarien seinerseits beschwert sich über die Mißhandlung seiner Volksgenossen in der rumänisch gewordenen Dobrudscha. Der Streit in Oberschlesien ist neu aufgeflammt und Deutschland wendet sich an den Völkerbund; mit welchem Erfolg, das ist allerdings ungewiß. So füllen sich die Spalten der Tagesblätter immer wieder mit Alarmnachrichten aus dem großen, seit 1918 von der Ostsee bis zur Adria reichenden Balkan. Dieser macht seiner alten Bezeichnung als europäisches Pulverfaß also alle Ehre. Wie manchmal schon seit 1918 ist beinahe ein neuer Brand dort unten losgebrochen, der sicher allgemein geworden wäre. Man denke an Korfu, an Albanien u. s. w. Heute wie seit dem Krimkrieg droht aus diesem Winkel ständig Gefahr, nur heute an viel mehr Stellen und mit viel größerer Berechtigung als je vorher.

Dieses ganze Gewimmel von Kleinstaaten ist eben durchaus ungefestigt. Einmal ist die Grenzziehung im Jahre 1919 in sehr unglücklicher Weise erfolgt. Die in Betracht kommenden Völker sind alle erst seit einigen Jahrzehnten hochgekommen und erstarkt. Die Kraft dazu hat ihnen ihr glühender Nationalismus gegeben. Gerade dieser Nationalismus aber trieb und treibt sie unaufhörlich an, sich auszudehnen. Bei den Friedensverhandlungen suchte so jedes Volk für seinen Staat möglichst viel zu erhalten, woraus ein Kampf aller gegen alle entstand. Entschieden wurde er von den Vertretern der Großmächte. Von ihnen verstanden Wilson und Lloyd George nichts von den Verhältnissen, die Japaner ließ die ganze Angelegenheit natürlich kühl. Die Franzosen aber wurden einzig von dem Verlangen geleitet, die Unterlegenen so zu schwächen, daß sie nicht so rasch wieder zur Revanche bereit wären. So kam eine Grenzziehung zu Stande, die weder den natürlichen Verhältnissen entspricht, noch politisch oder wirtschaftlich haltbar ist. Die Folge war, daß alle Staaten starke nationale Minderheiten in ihre Grenzen bekamen, daß alle irgendwo unbefriedigende Grenzverhältnisse haben und auf Abänderung ausgehen. Beide Tatsachen bewirken, daß jeder Balkanstaat sozusagen mit allen Nachbarn verfeindet ist und mindestens einen Todfeind an den Grenzen sitzen hat. Die Regel ist aber, daß jeder einzelne Balkanstaat zwischen zwei Gegnern eingeklemmt ist, von denen er erwarten darf, daß sie bei der ersten günstigen Gelegenheit über ihn herfallen werden. Welche Unsicherheit da in allen außenpolitischen Dingen herrschen muß, das kann man sich einigermaßen vorstellen.

Nun kommt aber dazu, daß alle diese Staaten innerlich ebenfalls noch vollständig ungefestigt sind. Die nationalen Minderheiten, die stellenweise beinahe die Hälfte der Bevölkerung erreichen, liegen jedem Staat schwer auf dem Magen. Dieser Teil der Staatsbevölkerung steht ja vielfach dem Staate durchaus feindlich gegenüber, was für den Kriegsfall schöne Aussichten eröffnet. Die Stimmung wird bei den Minderheiten natürlich dadurch nicht besser, daß man sie recht schlecht behandelt, wie es der Nationalismus der Staatsvölker nun einmal verlangt.

Unsicherheit in das staatliche Leben bringt aber auch die Tatsache, daß die meisten der neuen Staatsvölker unter sich selbst sehr wenig einig sind. Es bestehen in ihnen die größten Unterschiede. Die einzelnen Teile haben, seit Jahrhunderten manchmal, getrennte Schicksale gehabt und sind also auch recht verschieden geworden. Am schärfsten äußert sich im Südslawenstaat der Gegensatz der Serben, Kroaten und Slowenen. Nicht viel besser steht es mit Tschechen und Slowaken. Aber auch die Kongreßpolen, die Galizier und die preußischen Polen sind recht verschieden, ebenso die Rumänen aus dem früher ungarischen

Siebenbürgen, aus dem früher russischen Bessarabien und die aus dem Altreich. Da bringt das Zusammenleben in einem ausnahmslos zentralistisch geformten Staate die schwersten Reibungen.

Dazu kommt nun als Drittes die Parteileidenchaft. Alle die Völker sind in eine Anzahl Parteien zerspalten, die sich meist sachlich wenig voneinander unterscheiden, umso mehr aber durch die Person der Führer. Der Parteichef spielt die größte Rolle. Mit seinem Tode kann eine Partei verschwinden. Durch das Auftreten neuer Führer kommen auch immer neue Parteien hoch. Da hinter ihnen aber in erster Linie persönliche Gegensätze stehen, bekämpfen sie sich mit einer bei uns kaum bekannten Leidenschaft. Sehr nahe müssen unter solchen Umständen die Diktaturgelüste liegen. Sehr nahe muß auch das Hereinziehen der Armee in die Politik liegen. Beispiele für beide Fälle haben wir genug von Pilsudski bis zu Pangalos.

Welche Möglichkeiten bieten solche Zustände für ein Eingreifen von Außen her? Da sind immer Parteigänger aufzutreiben. Das gilt besonders deswegen, weil die allgemeine Korruption das Begehen von Wegen zu ihrer Werbung gestattet, die an andern Orten nicht gangbar sind.

* * *

Von diesen Möglichkeiten zum Eingreifen haben die europäischen Mächte von jeher umfassenden Gebrauch gemacht. Ein erheblicher Teil aller diplomatischen Intrigen hat sich seit dem Krimkrieg dort unten abgespielt. Man erinnert sich noch daran, wie oft vor 1914 vom Balkan das Signal zum allgemeinen Kriege zu kommen drohte und wie es dann wirklich gekommen ist. Heute sind die Großmächte in dem Gewimmel von Mittel- und Kleinstaaten gerade so eifrig an der Arbeit wie früher. Und gerade so wie früher droht wieder das Signal zu einer großen Entladung von dort unten zu kommen.

Freilich sind die Stellungen der Mächte im Balkan noch recht unsicher und auch ganz verschiedenartig. Das stete Gegeneinanderarbeiten aller Mächte, die ja heute alle völlig auf eigene Faust vorgehen, verschiebt auch das Bild immer wieder, man möchte fast sagen von Tag zu Tag.

Deutschland ist in seiner heutigen geschwächten Stellung kaum im Stande, eine erhebliche Rolle zu spielen. Nur mit Machtmitteln kann man im Balkan Eindruck erzielen. Diese fehlen aber heute der mitteleuropäischen Großmacht. Immerhin ist die Tatsache der Verfeindung mit Deutschland besonders bei Polen und der Tschechei die beherrschende Tatsache der Außenpolitik, nach der sich alles andere richtet. Und diese Feindschaft besteht weiter mit fast allen Nutznießern des Zustandes von 1918 und arbeitet damit den großen Gegnern Deutschlands in die Hände.

England hat sich von diesem gefährlichen Boden am meisten fern gehalten, wenigstens keine festen Bindungen abgeschlossen. Natürlich sind seine Leute überall auf dem Posten und knüpfen Fäden, die sich einmal sehr stark bemerkbar machen könnten. Stärker scheint das englische Interesse seit der Zeit geworden zu sein, wo man sich hier die Bundesgenossen für die Abrechnung mit Rußland zusammenzusuchen hoffte. Das äußerte sich sofort in einem Eintreten für Polen, was Deutschland sehr unangenehm empfinden mußte. Es ist dann aber von den englischen Plänen stiller geworden. Hat man angesichts der innern Streitigkeiten in Sowjetrußland etwa den Gedanken einer Abrechnung in London einsteilen aufgeschoben?

Rußland selbst, das früher in allen Balkanhauptstädten so großen Einfluß hatte, konnte bisher von dem wenig zurückgewinnen. Nach wie vor liegt die Haupttätigkeit auch hier in der Unterstützung der kommunistischen Bewegung, die hier und da in den ärmlichen und ungebildeten Massen der Balkanvölker guten Boden findet. Aber bis zu entscheidenden Ergebnissen ist man nicht gekommen. Wohl hat z. B. die Tschechei eine starke kommunistische Partei. Nirgends reicht es aber auch nur entfernt zum Ergreifen der Macht, außer etwa in dem gänzlich zerrütteten Bulgarien und auch dort ist der Versuch dann mißlungen. Im übrigen hat man eher den Eindruck, daß die Bewegung im Abflauen be-

griffen ist, teils unter dem Druck der Regierungen, teils aus eigener Haltlosigkeit. Am stärksten wirkt der Einfluß Rußlands noch dadurch, daß es mit Polen und Rumänien in so scharfer Feindseligkeit lebt. Man hat in Rußland nicht vergessen, daß beide Staaten sich große Fezzen des Reiches angeeignet haben und nun die Bevölkerung nicht etwa glimpflich behandeln; das zeigt das Beispiel der Ukrainer in Ostpolen und der Bukowina. So liegt über den russischen Randstaaten die stete Drohung aus dem Osten, die sie zur Anlehnung an irgend eine andere Macht zwingt. Sie wirkt also ähnlich wie die Gegnerschaft zu Deutschland.

Aktiver greift Italien in die Balkanverhältnisse ein. Es arbeitet hier mit genau derselben fieberhaften Hast wie überall. Die Ergebnisse sind allerdings noch nicht allzu glänzend. Von der Freundschaft mit Südslawien, der einst so hochgepriesenen, ist nichts mehr übrig. Der naturgegebene Gegensatz ist wieder in seiner vollen Schärfe sichtbar. Mit Griechenland ist das Verhältnis kühl, wie das ja angesichts der italienischen Herrschaft im Dodekanes nicht anders zu erwarten ist. Beide Staaten treibt man damit andern Mächten in die Arme. Nur Albanien hat man fest in die Hand bekommen. Im übrigen betreibt Italien überall eine Politik der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung mit wechselndem Erfolg. Man macht eben die alte Erfahrung, daß Freundschaft mit einem Balkanstaat die Feindschaft mit seinen Nachbarn bedingt. So gelang es offenbar, mit Ungarn wegen des gemeinsamen Gegensatzes gegen Südslawien zu einem Einvernehmen zu kommen. Aber das bedingt wieder die Abkühlung des Verhältnisses zu Rumänien, das sonst hier Unterstützung gegen Rußland sucht, und ebenso mit der Tschechoslowakei. Die Bäume Mussolinis sind bisher also noch nicht in den Himmel gewachsen.

Es bleibt noch Frankreich. Dieses hat seine alten guten Beziehungen, die aus dem gemeinsamen Gegensatz gegen Deutschland hervorgegangen sind, weiter gefestigt. Es hat in Polen und der Tschechoslowakei, weiter in Rumänien und Südslawien getreue Bundesgenossen gegen Deutschland gefunden. Die Interessengemeinschaft hat bisher alle Prüfungen überstanden und wird das jedenfalls noch längere Zeit tun. Damit hält Frankreich Deutschland wie vor 1914 in einer Zange, deren östliche Hälfte bloß ausgewechselt und wie die westliche erheblich vorgezogen worden ist. Es ist das alte Rezept französischer Staatskunst, das man schon mit den Türken im 17. Jahrhundert zur Anwendung gebracht hat. Dabei muß freilich das Verhältnis mit Ungarn und Bulgarien immer in der Schwebe bleiben. Das nimmt man eben in den Kauf, ohne deshalb die Fäden abreißen zu lassen. So hat sich Frankreich von allen Mächten die stärkste und wertvollste Stellung im Balkan geschaffen.

* * *

Frankreich hat auch nicht gezögert, diese Stellung weiter auszubauen, sowie es das Bedürfnis empfand. Offenbar ist man in Paris doch der Überzeugung, daß der Gegensatz zu Italien ernstlicher ist, als man zugibt. Darauf deuten die militärischen Maßnahmen hin. Darauf deutet aber vor allem das Bündnis mit Südslawien hin. Frankreich läßt sich diese Freundschaft etwas kosten, nämlich Rüstungskredite für Südslawien. Es würde diese Ausgaben nicht machen und würde das Bündnis nicht so demonstrativ geschlossen haben, wenn es nicht deutlich auftreten wollte und sich für alle Fälle sichern möchte. Es bringt jetzt gegen Italien die gleiche Taktik zur Anwendung wie gegenüber Deutschland. Die Zange ist geschmiedet. Man wird das in Rom begreifen. Man wird auch nicht zögern, weiter im Süden, in Griechenland, die Zange noch besser auszugestalten. Die französische Staatskunst arbeitet eben überlegen.

Die Aufregung der Faschisten über dieses Vorgehen ist begreiflich. Hat man aber Anlaß, sich zu wundern? Doch wohl nicht! Sonst müßte man vorsichtiger verfahren. Der Zorn aber ist groß, weil man überall für seine Ausdehnungsgelüste auf den gleichen überlegenen Widerstand stößt.

Das Bündnis mit Südslawien läßt sich aber natürlich nicht nur gegen Italien zur Anwendung bringen. Es wird im gegebenen Falle seine Schuldigkeit auch gegen Deutschland tun. Man denke an die Anschlußfrage! Man hat

eben von Paris aus die etwas abseits gelegenen und weniger unmittelbar interessierten Südslaven wieder stärker herangeholt. So ist das Bündnis ein neuer Stein zu dem kunstvollen Gefüge des französischen Machtsystems in Europa. Wie lange wird aber wohl der Gegenzug auf sich warten lassen?

U a r a u, den 22. November 1927.

H e k t o r A m m a n n.

Poincaré und Frankreich.

Wenn der Sonnenkönig stolz sagen durfte: „Der Staat bin ich“, so kann der französische Ministerpräsident Poincaré mit vielleicht noch größerer Genugtuung feststellen: „Die öffentliche Meinung bin ich!“ Seit G a m b e t t a s Zeiten ist in Frankreich kein Politiker erstanden, der in stärkerem Maße das Wejen der Nation verkörperte: und dabei ist merkwürdigerweise Poincaré nur dem Charakter, nicht aber dem T e m p e r a m e n t nach Stodfranzose. Es fehlt ihm die glühende Beredtsamkeit seines großen republikanischen Vorgängers, es fehlt ihm vor allem die echt französische „crânerie“, der verwegene Mut, der hier fast immer in viel kleineren Persönlichkeiten steckt. Der Chauvinist Léon Daudet belegt ihn deshalb mit einem Schimpfwort, das an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden kann; man nennt ihn „Poincaré Cunctator“ und behauptet, er sei außerstande, ein begonnenes Werk zu Ende zu führen. In der Mitte des Stromes angelangt, beginnt er plötzlich zu zaudern: schaut ängstlich zurück, mißt die beiden Entfernungen, und es ergeht ihm nicht selten wie dem Esel des Buridan, der zwischen zwei gleichgroßen Heubündeln elendig verhungerte. Diese merkwürdige Charakterchwäche bei diesem starren Manne ist schuld daran, daß ihm keine W a h l e n gelingen: Anfang 1924 lagen die Dinge ungefähr wie heute, Poincaré hatte eben als Ministerpräsident einen gefährlichen Ansturm der Spekulation gegen den Franken siegreich abgeschlagen, er galt allgemein als der „Retter“: der 11. Mai aber sah einen überwältigenden Sieg des Linkenkartells, und Poincaré reichte seine Entlassung ein. . .

Dies ist auch heute noch das dramatische Dilemma: der gleiche Mann, der in der J u n e n politik unentbehrlich scheint, gilt selbst in den Augen von national eingestellten Franzosen nach A u ß e n hin als eine dauernde Gefahr. Der ganze Zwiespalt der französischen Politik rührt daher — und es zeigt sich auch für die Zukunft kein Ausweg. Von dem kommunistischen Abgeordneten C l a m a m u s wird folgendes bezeichnende Wort erzählt: In den Wandelgängen der Kammer unterhielten sich mehrere Volksvertreter über ihre Aussichten bei den bevorstehenden Wahlen. Unter ihnen befand sich auch Clamamus, der eben in der Kammer eine große Rede gehalten hatte. „Ich bin meiner Wiederwahl sicher,“ rief er fröhlich aus; „Poincaré hat mich eben als einen höflichen Abgeordneten bezeichnet, und meine kommunistischen Wähler aus Bobigny sind in Zivil alle überzeugte Poincaristen. . .“ Es ist dies kein Scherz, sondern die reine Wahrheit: Von der äußersten Rechten bis zur extremsten Linken gibt es heute in Frankreich keine einzige Partei, die nicht bei ihren Wählern mit starken Poincaré-Sympathien rechnen müßte. Im Lande der Kleinsparer hat der s p a r s a m e Politiker, zumal wenn er auch sonst noch ein bedeutender Kopf ist, immer Recht. Und Poincaré ist sparsam bis zum Geiz, ehrlich bis zum Fanatismus, als Mensch wie als Politiker makellos — in einem Lande, das man als die „Republik der Skandale“ bezeichnet hat. Vielleicht hört man im Ausland mit einiger Überraschung, daß er sich selbst gerne mit — R o b e s p i e r r e vergleicht, für den er einen richtigen Kult hat.

Frankreichs innere Politik und deren Entwicklung ist überhaupt nur verständlich, wenn man sich immer wieder in die Persönlichkeit Poincarés versenkt — und diese Notwendigkeit mag die lange Einleitung, die diesem Bericht gegeben wurde, entschuldigen. Es ist zum Beispiel allgemein bekannt, daß die S o z i a l i s t e n, an ihrer Spitze Léon Blum, in den besten Beziehungen zu ihm stehen; so hat es auch nicht überrascht, daß der syndikalistische Führer

Jouhaux an einem dieser letzten Morgen eine Forderung stellte, die am Abend bereits von Poincaré bewilligt war. Von der reinen Finanzpolitik abgesehen, wo er stockkonservativ ist: auf allen andern Gebieten werfen ihm die Parteien der Rechten und der Mitte vor, immer mehr nach links abzuschwenken. Sein Abkommen mit der radikalen Partei ist bekannt. Auch nach dem Ausscheiden Franklin-Bouillons unterstützen ihn hier 60 bis 70 Abgeordnete, damit seine Mehrheit gesichert sei. Zwar ging auf dem Pariser Parteitage immer nur von dem „Experiment Poincaré“ die Rede: aber dessen Ende ist gar nicht abzusehen, und es war doch wohl nur zum Spasse, daß die Radikalen in ihrem neuen Vorsteher den „Nachfolger“ erblicken wollten. In Wirklichkeit ist heute Poincaré unerlässlich: und davon ist die Kammer, ist die ganze Nation in allen parteipolitischen Schattierungen überzeugt.

Eben ging von einer Forderung Jouhaux' die Rede: Es handelt sich dabei um das sehr wichtige Manifest der C. G. T., der allgemeinen (sozialistischen) Gewerkschaften, das ohne Zweifel berufen ist, in der zukünftigen Ausgestaltung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens eine große Rolle zu spielen, zumal, wie schon bemerkt, Poincaré ihm eher wohlwollend gegenübersteht. Genfer Erfahrungen mögen da mitgewirkt haben: jedenfalls stellt sich der sonst so phrasenreiche syndikalistische Führer hier zum ersten Mal „auf den Boden der Tatsachen“ und redet einer organischen Verbindung von Kapital und Arbeit das Wort. Nichts mehr von Revolution, von Klassenkampf und sozialer Umwälzung: das Dokument ist so wichtig, daß man es geradezu als den Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung in Frankreich bezeichnen kann. Wohl sind grundlegende Reformen nötig: aber sie können nur durch die Zusammenarbeit aller Schichten der Nation verwirklicht werden. Auf finanziellem Gebiet ist die gesetzliche Stabilisierung des Frankens eine dringende Notwendigkeit. Die Mitwirkung von Arbeitervertretern in der Leitung der industriellen Betriebe ist eine unumgängliche Voraussetzung für die anzustrebende Rationalisierung der französischen Wirtschaft. Die Arbeiter sind keine grundsätzlichen Gegner einer Konzentration der Betriebe, von der sie nützliche Ergebnisse erwarten: nur dürfen solche Kartelle weder die Oberhoheit des Staates in Frage stellen, noch eine Art Wirtschaftsdictatur ausüben. Zu einer ausschlaggebenden Rolle ist der „Nationale Wirtschaftsrat“ berufen: nur muß er eine gesetzliche Form erhalten (am gleichen Tage arbeitete Poincaré einen entsprechenden Antrag aus) und so ausgebaut werden, daß er als Vertretung aller wirtschaftlichen Interessen dem politischen Parlament, das er in keinerlei Weise ersetzen darf, beratend zur Seite stehen kann. Am Schlusse des Manifestes steht die große Friedensforderung: Obligatorisches Schiedsgericht für alle politischen und wirtschaftlichen Konflikte, organisierte Sicherheit gegen alle Angriffe, Entwaffnung.

Am Vorabend der großen Wahlen ist der Aufruf besonders deshalb wichtig, weil er den Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, nicht nur der Arbeiter, sondern der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung darzustellen scheint. Eine tiefe politische Müdigkeit geht durch das Land. Das rein politische Getriebe des Parlamentarismus, dessen Auswüchse in der Tat immer schlimmer werden, stößt auf die Gleichgültigkeit, wenn nicht die offene Feindseligkeit der breiten Massen. Sogar eine so unwirtschaftliche Partei wie die der Radikalen hat die Zeichen der Zeit verstanden: sie stellt ihre alten Dogmen zurück und bildet sich zu einem neuen „Jungtürkentum“ aus, das in der Hauptsache die syndikalistischen Forderungen zu den eigenen macht. Damit ist, im gewöhnlichen Jargon gesprochen, die Proletarisierung des französischen Kleinbürgers vollendet: gerade dieser Umstand mag dem alten Revolutionär Jouhaux die Zurückstellung des Klassenkampfgedankens erleichtert haben. Mit seinen bisherigen Trägern, dem Kleinbürgertum, ist der gesamte republikanische Organismus Frankreichs ins Wanken gekommen. Von allen Seiten erheben sich die Stimmen der Jungen, die Stimme des neuen Geschlechts. Aus dem fanatischen Stubenhocker und Eigenbrödlar ist vielfach ein Reisender geworden, der andere Länder und Völker gesehen hat und Vergleiche anstellt, die nicht zu Gunsten Frankreichs ausfallen. Die alte Selbstzufriedenheit, die oft als uner-

träglischer Dünkel erschien, schwindet langsam dahin: „Wir sind im Begriffe, das uninteressanteste Land der Erde zu werden,“ schreibt ein nationalistischer Schriftsteller, Vladimir d'Ormesson, im „Temps“. Während des Kongresses der nationalen Frontkämpferverbände im Schlosse von Versailles kam es zu unbeschreiblichen Tumulten, als berufsmäßige Politiker das Wort ergreifen wollten. „Fort mit aller Politik!“ ertönte es von rechts wie von links. Man will amerikanisch werden, nimmt sich vorläufig Deutschland zum Muster. Alles Einheimische im öffentlichen Leben erscheint verstaubt, rückständig, in bureaukratischer Routine versunken; es gehört zum guten Ton, über alle staatlichen Verwaltungen zu spotten, über die Post, das Telephon, die Zollbehörde, das Flugwesen, die Steuerverwaltung, die Zündhölzer, die Tabakregie. Ein Abgrund klast zwischen Staat und Nation: die Brücken sind abgebrochen. Die politischen Parteien, die am Vorabend der Wahlschlacht natürlich die Zeichen der Zeit beobachteten müssen, geben sich alle Mühe, in der Eile ein neues Gewand zu zimmern. Die alten Radikalen nähern sich den Syndikalisten und mauern sich zu „Jungtürken“; die Sozialisten rechnen mit der allgemeinen Wirtschaftskrisis und nennen sich selber die „Partei der Unzufriedenen“; die parlamentarische Mitte, Republikaner und Demokraten, zieht gegen die staatlichen Monopole zu Feld, in denen sie die Ursache alles Unheils erblickt; die Rechte fordert die Bildung einer „Elite“, den Kampf gegen den zeretzenden Kommunismus, die religiöse Freiheit und eine umfassende parlamentarische Reform. Selbst der alte Revolutionär Hervé ist zu neuem Leben erwacht: Vor Wochen gründete er im Wagramsaale Frankreichs eine „nationalsozialistische Partei“ und stellt als Hauptforderung den „korporativen Obrigkeitsstaat“ auf. Damit hält der Faschismus in Frankreich offiziell seinen Einzug, nachdem die „patriotische Jugendbewegung“ des Abgeordneten Taittinger im Sande verlaufen ist. Hervé macht sich wohl selber keine Illusionen: man war sehr neugierig, den alten Kämpfer wieder einmal auf der Rednertribüne zu sehen, aber damit ist das öffentliche Interesse auch schon erschöpft. Man behauptet, hinter Hervé steht Alexander Millerand, und so würden sich die beiden Revolutionäre am entgegengesetzten Pole treffen: aber trotz der „Avenir“ ist auch Millerands Zukunft vernichtet, und als Diktator im Sinne Hervés entlockt er nur ein Lächeln. . . Poincaré hat seinen Ministern verboten, in den Wahlkampf einzugreifen und von Mitte November an als Regierungsvertreter irgend eine politische Rede zu halten. Die Leidenschaften gehen jetzt bereits hoch und der Ministerpräsident fürchtet augenscheinlich für seine „nationale Einigkeit“ im Schoße des Kabinetts. Von den beiden Kammern hat er kategorisch gefordert, daß sie den von ihm ausgearbeiteten Haushalt vor dem 31. Dezember verabschieden. Dann will er in feierlicher Weise ein „Programm des nationalen Wiederaufbaus“ verkünden, das sowohl den politischen, wie den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Wenige Tage erst sind es her, da saßen wir diesem Manne, der natürlich nicht, wie vielfach geschrieben wird, ein lebendiger Gottseibeiuns ist, in einem kleinen Kabinette gegenüber. Er erschien erstaunlich frisch und fast guter Laune, wohl weil die Kammer so rasche Arbeit leistet. Es geschieht nun etwas, was man bei diesem Manne gar nicht gewohnt ist: Er schmiedete Pläne. Kein Wort fiel über Außenpolitik: Da herrscht Briand. Mit welchen Einschränkungen, wird man wohl nie in Erfahrung bringen. Man hat den Eindruck, daß Poincaré selbst bei einem Wahlsiege seines Regierungsblocks sich nicht mehr in dieses Gebiet einmischen will. Der Mann hatte seinen Stolz: Er wollte Europa nach seinem Sinne, den er für den alleinigen Ausdruck der Gerechtigkeit hielt, neu modeln. Es mißglückte, und seine eigene Nation schreckte vor dem ungeheuren Wagnis zurück. Nun hat er seinem Antipoden Briand das Feld überlassen. Vielleicht sind die Gedanken des hartnäckigen Lothringers noch viel weitfliegender: Da die „innere Front“ versagte, will er zunächst seine Anstrengungen auf diesen schwachen Punkt richten, das Land neu organisieren, der Nation ein neues Haus bauen. Der schaffensfrohe Mann kommt sich anscheinend sehr jung vor: der Rhythmus des nationalen Lebens schlägt ja auch jetzt viel rascher als in früheren Zeiten. Wie dem auch sei: Wer ohne jede Voreingenommenheit die Gesamtentwicklung

Frankreichs neun Jahre nach dem Waffenstillstand studiert, stößt immer wieder auf den einen Namen, der mit der Vergangenheit wie der Zukunft gleich eng verknüpft erscheint: Raymond Poincaré.

Sein Tun von gestern gehört der Geschichte an. Sein Wirken von morgen wird für die Entwicklung Frankreichs wie Europas von großer Bedeutung sein. Paris, im November 1927.

Dr. A. Büß.

Randbemerkungen.

Das Geschäft mit Betäubungsmitteln.

In diesen Blättern hat man sich wiederholt mit unverhohlenem Spotte über den Eifer ausgesprochen, mit dem unsere Behörden den Bestrebungen zur Bekämpfung des Verbrauches von Betäubungsmitteln wie Cocain, Opium u. s. w. sich angeschlossen haben, insofern diese Bestrebungen in England angeregt waren. Wir sagten uns, wir besitzen eine blühende pharmazeutische Industrie, die Engländer aber keine, und da können sie wieder einmal auf anderer Leute Kosten die großen Menschenfreunde spielen. Der damals in völkerbundsfreundlichen Zeitungen erfolgten Hinweisung auf die moralisch schlechte Note, die wir uns in der englisch sprechenden Welt bei Fernbleiben zuziehen würden, namentlich bei edelgesinnten Frauen, konnten wir wohl mit der Bemerkung begegnen, die so trefflich empfindenden Kreise möchten doch zuerst einmal bei sich selbst eintreten. Wie sehr wir recht hatten, ergibt der Bericht der englischen Regierung Indiens für 1925, woraus ersichtlich ist, daß sie die Einschränkung des Gebrauches an Opium und ähnlicher Betäubungsmittel für ärztliche Zwecke gar nicht als wünschenswert erachte; begreiflich, denn sie ist mit ihrem Monopol das größte Opiumhandelsgeschäft der Welt, hat im Jahre 1925 dem indischen Volk 275,000 kg Opium zum Verbrauch verkauft und weitere 290,000 Kilo ausgeführt. Dabei sind die englischen Herren in der betreffenden Völkerbundscommission unseren Fabriken stets auffällig, und mit bekümmelter Stimme wissen sie von Begünstigung des ungesetzlichen Handels mit Betäubungsmitteln durch schweizerische Fabriken zu berichten, zum großen Leidwesen unseres Vertreters in der Kommission, der noch an die Uneigennützigkeit dieser Vorhaltungen zu glauben scheint.

Wenn man ein wenig mehr Geschichte wüßte, als das gemeinhin der Fall ist, so würde man sich des schmachvollen Opiumkrieges von 1840/41 erinnern, den England gegen China führte, um es zu zwingen, dem von England betriebenen Opiumhandel kein Hindernis in den Weg zu legen. Erst im Jahre 1907 hat sich England bereit erklärt, seine Opiumausfuhr aus Indien nach China allmählich einzuschränken, sodaß sie nach zehn Jahren ganz aufhöre. Die für 1925 mitgeteilten Zahlen scheinen uns nicht dafür zu sprechen, daß diese englische Ausfuhr aufgehört hat. Einem Engländer darf also die Antwort zuteil werden, welche Thiers einem napolitanischen Marchesen gab, welcher dem Franzosen Mangel an Zivilcourage vorgeworfen hatte: Quand on est napolitain, on ne parle d'aucun courage du tout!

Wenn wir auch ein kleines Land sind, so soll das nicht heißen, daß wir bei internationalen Vereinbarungen, die uns große Opfer auferlegen, mit der größten Dienstbeflissenheit alle Einschränkungen auf das gewissenhafteste befolgen, während die anderen das Geschäft machen. Die Sachlage im Betäubungsmittelhandel ist die, daß, während bei uns jeder Verkauf ins Ausland an eine behördliche Genehmigung in Bern geknüpft ist, dieser Handel in Frankreich für die Ausfuhr ins Ausland vorläufig noch frei ist. Wenn dann von dort aus schweizerische Waren in Länder verkauft werden, die das nicht wünschen, so wird die Schweiz bezichtigt, sie fördere diesen ungesetzlichen Handel, obwohl jeder Verkauf aus der Schweiz nach Frankreich in Bern genehmigt werden muß und zur Genehmigung unterbreitet wird.

Das Schöne ist nun aber weiter das, daß die Engländer gerne Cocain im eigenen Lande herstellen möchten und weil die bisherigen Versuche fehlgeschlagen haben, sich auf dem Festlande um Hilfe umsehen, die ihnen diese Herstellung einrichten soll, wobei dann ein Einfuhrverbot für ausländisches Cocain in Aussicht gestellt wird. Dabei ist der Weltverbrauch infolge der bisherigen Maßnahmen so zurückgegangen, daß eine Fabrik allein imstande ist, den ganzen Bedarf zu decken. Also der alte Spruch: Wenn man vom lieben Gott spricht, so meint man Baumwolle! gilt auch hier. In England selbst hat der Opiumhandel der indischen Regierung die denkbar schärfste Verurteilung erfahren, und die große Anzahl der wirklichen Menschenfreunde in England schämt sich deswegen, aber sie kommen gegenüber dem der englischen Politik im Blute liegenden Utilitarismus — wir wollen hier gerne das Fremdwort brauchen — nicht auf.

E. H. J.

Kultur- und Zeitfragen

Die politische Weisheit des Kalendermanns.

Der Kalender in Buch- oder Heftform erfreut sich eines Ansehens und einer Beliebtheit, die nicht umzubringen sind; man hat ihm sogar in neuerer Zeit vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Zu den alten sind neue Kalender hinzugekommen, teils um bestimmte Anschauungen und Bewegungen zu fördern — etwa kirchliche Bekenntnisse, die Abstinenzbewegung oder ähnliches —, teils um künstlerischen und literarischen Ansprüchen einer gebildeten oder gar verwöhnten Leserschaft entgegenzukommen. Noch immer bringen die meisten dieser Kalender eine Weltumschau oder Rückschau auf die Ereignisse des vergangenen Jahres. Gerade diese Chroniken können auf bedeutende Vorbilder und ein ehrenhaftes Herkommen zurückschauen. Es lohnt sich, einmal in diesen Kalenderchroniken, wie sie uns auf 1928 geboten werden, Umschau zu halten und zu sehen, was hier unserm Volke geboten wird. Dabei kann man freilich einem der Chronisten (Neuer Einsiedler Kalender von Eberle, Kälin & Co.) nicht ganz unrecht geben, der an der Notwendigkeit seiner Chronik zweifelt mit der Begründung: „Sie hat einen guten Teil ihrer Bedeutung längst an die Tagespresse verloren. Auch die Beigabe von Abbildungen ist heute nicht mehr vonnöten; die allzu vielen Wochenzeitschriften...“ Wenn aber dieser Zweifler es sich daraufhin mit seiner Aufgabe ganz besonders leicht macht, so zieht er eben den unrichtigen Schluß aus seinen Bedenken. Der Kalendermann — so nennen sich ja die meisten dieser Weltumschauer — soll sich fragen, wie er seiner politischen Umschau eine besondere Berechtigung neben Tageszeitung und Wochenblatt geben kann. Das ist durchaus möglich, wenn man sich verdeutlicht, zu wem man spricht und unter welchen besondern Verhältnissen der Kalender gelesen wird. Daraus ergeben sich feste Richtlinien, die es dennoch jedem Kalendermacher erlauben, seine Gedanken und seine Eigenart zur Geltung zu bringen.

Im Gegensatz zum Zeitungsschreiber, der täglich oder wöchentlich ein Blatt Papier für einen längstens dreitägigen Gebrauch bedrucken läßt, schreibt der Kalendermann für die Dauer. Der Kalender wird langsam gelesen, wird wiederholt gelesen und wird mindestens bis zum Erscheinen des nächsten, also ein Jahr lang aufbewahrt. Er ist nicht mehr das einzige Buch im Hause, wie vor Zeiten, aber er ist immer noch für viele das Buch, das immer zur Hand ist, das nicht verleiden darf. Aber auch der Verfasser hat mehr Zeit für seine Berichterstattung. Aus all den Gründen muß von ihm sorgfältige Arbeit verlangt werden, die Niederlichkeit, die man dem eilig Arbeitenden verzeiht, steht ihm nicht an. Seine Leser sind fast in allen Fällen vorwiegend einfache Leute;